

- 2 **Inflation** Arme Familien
- 3 **Sozialpolitik** Neue Rechte mit alten Scheinlösungen
- 4 **Betriebsräte** Gelebte Demokratie
- 5 **Europa** Angriff auf den Mindestlohn
- 6 **Geldanlage** 525 Euro Armutsnachteil
- 7 **E-Autos** Die Bilanz ist einfach besser

**KINDERBETREUUNG**

# Wenig Verlass

Ausfälle bei der Kinderbetreuung in Kita oder Ganztagschule haben im vergangenen Herbst drei Fünftel der erwerbstätigen Eltern erlebt. Es muss dringend mehr investiert werden.

Wenn von Betreuungsempfängern die Rede ist, denken viele zunächst an die zahlreichen Familien, die keinen Platz in einer Kita, bei Tageseltern oder in der schulischen Ganztagsbetreuung ergattert haben. Doch auch ein großer Teil der erwerbstätigen oder arbeitssuchenden Eltern, die für ihr Kind offiziell einen Betreuungsplatz haben, kann sich nicht darauf verlassen. Knapp 60 Prozent von ihnen waren im vergangenen Herbst mit Kürzungen der Betreuungszeiten beziehungsweise kurzfristigen zeitweiligen Schließungen konfrontiert. Zu einem erheblichen Teil mussten die Betroffenen, vor allem Mütter, die Erwerbsarbeitszeit reduzieren, um die Betreuungslücke zu schließen. Das ist ein Ergebnis der neuen Welle der repräsentativen Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, für die im Dezember 2024 insgesamt mehr als 7500 Erwerbstätige und Arbeitssuchende online befragt wurden, darunter rund 1000 Eltern von Kindern in Betreuungseinrichtungen.

„Die Mehrheit der befragten Eltern berichtet von unzuverlässiger Betreuung. Das zeigt, dass der Staat vor einer doppelten Aufgabe steht. Er muss einerseits Betreuungsangebote ausbauen und andererseits die Qualität und Zuverlässigkeit der bestehenden Angebote sicherstellen. Ganz offensichtlich ist schon die personelle Ausstattung der bereits existierenden Angebote nicht ausreichend“, sagt WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. „Die kommende Regierung muss den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung priorisieren. Es braucht dauerhafte und verlässliche Mehrinvestitionen in die Kinderbetreuung und den schulischen Ganztags“, so Kohlrausch, die die Befragung zusammen mit den WSI-Forschern Andreas Hövermann und Helge Emmler ausgewertet hat.

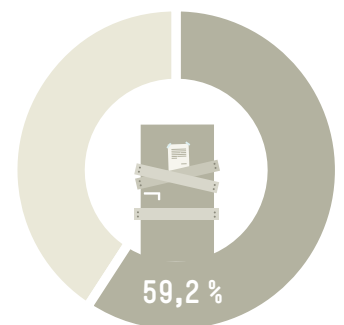
Von den insgesamt 1023 befragten Müttern und Vätern, die ihre Kinder in einer Kita, bei Tageseltern oder einer Ganztagschule in Betreuung gegeben haben, gaben 44 Prozent an, dass die Einrichtung in den drei Monaten vor der Befragung kurzfristig und ungeplant geschlossen hatte, beispielsweise wegen Personalmangels bei Erkrankungen. Bei ebenfalls 44 Prozent kam es zu Verkürzungen der vereinbarten Betreuungszeiten. Da ein Teil der Eltern sowohl mit Verkürzungen als auch mit Schließungen zurechtkommen musste, beträgt die Quote der Betroffenen insgesamt 59,2 Prozent. Unter den von Schließungen betroffenen Eltern waren 15

## Kürzen bei den Kurzen

Erwerbstätige oder arbeitssuchende Eltern mit Kindern in Kitas, Schulen oder bei Tageseltern waren in den drei Monaten vor dem Dezember 2024 betroffen von ...



insgesamt betroffen\*



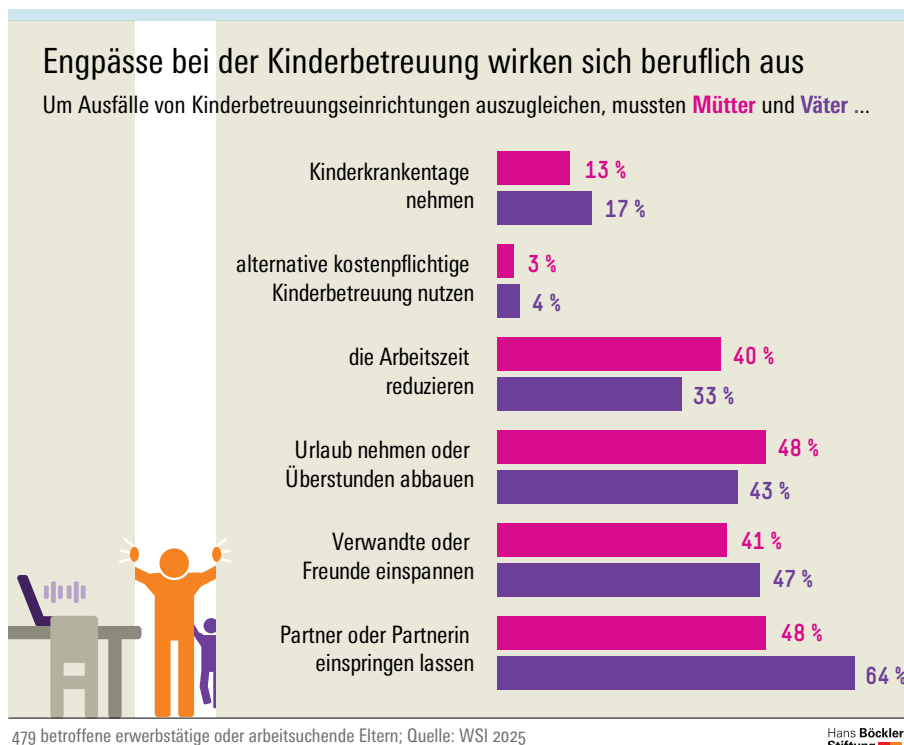
\* von verkürzten Öffnungszeiten und/oder Schließungen; Quelle: WSI 2025

Prozent mit Schließungen an einem Tag konfrontiert, fast 22 Prozent mussten Schließungen an zwei bis fünf Tagen ausgleichen und je knapp vier Prozent sogar an sechs bis zehn beziehungsweise mehr als zehn Tagen.

Die Ausfälle stellen viele Eltern vor große Probleme im Alltag: 32 Prozent der Betroffenen sagen, dass ihre Arbeitssituation von „starken“ oder „äußersten“ Belastungen geprägt sei, gegenüber 24 Prozent unter den nicht betroffenen Eltern. > > > >

Dabei sind erwerbstätige Mütter deutlich stärker eingespannt als Väter. Von den betroffenen Männern, die in heterosexuellen Partnerschaften leben, gaben 64 Prozent an, ihre Partnerin sei eingesprungen, um die Betreuungslücke zu schließen. Unter den Frauen sagten das 48 Prozent über ihren Partner. 48 Prozent der betroffenen Mütter und 43 Prozent der Väter haben während der Schließung oder Kürzung der Betreuungszeit Urlaub genommen oder Überstunden abgebaut, um die Betreuungslücke auszugleichen. 33 Prozent der Väter und 40 Prozent der Mütter mussten zeitweilig ihre Arbeitszeit reduzieren. Gerade Letzteres könne die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt vertiefen, warnt Soziologin Kohlrausch: „Wir wissen zum Beispiel aus der Forschung, dass Personen mit geringerer Erwerbsarbeitszeit seltener Zugang zu Weiterbildung haben. Immer wieder Ausfälle in der Kinderbetreuung ausgleichen zu müssen, kann daher durchaus spürbare Konsequenzen für den weiteren Erwerbsverlauf haben.“ Auch Verwandte oder Freunde spielen eine wichtige Rolle, um akute Betreuungskonflikte zu entschärfen.

„Die Befragungsdaten zeigen, wie dringend die Infrastruktur der frühen Bildung und Betreuung und die Arbeitsbedingungen in Erziehungsberufen verbessert werden müssen“, so Kohlrausch. „Zu geringes Angebot und mangelnde Verlässlichkeit bei Kitas und Ganztagschulen sind längst ein kritischer Engpass für die Berufstätigkeit von Millionen Eltern, insbesondere Müttern. Das passt schon gar nicht dazu, dass gleichzeitig gerne die Forderung erhoben wird,



Erwerbstätige sollten ihre Erwerbsarbeitszeit erhöhen. Gerade Mütter, die die Hauptlast der unzureichenden Betreuungsangebote tragen, werden immer wieder als Gruppe genannt, die zu wenig Erwerbsarbeit leistet. Dafür müssen dann aber auch die Voraussetzungen geschaffen werden – und eine wesentliche Voraussetzung ist ein verlässliches und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot“, betont Kohlrausch. „Die dafür nötigen Investitionen sind groß, aber in jedem Fall gut angelegtes Geld. Neben den finanziellen Investitionen braucht es zudem eine Fachkräfteoffensive, da der Ausbau des Betreuungsangebots inzwischen häufig nicht mehr nur am Geld, sondern auch an den fehlenden Fachkräften scheitert.“ <

## INFLATION

### Arme Familien

Die Inflationsrate in Deutschland ist im Dezember 2024 zwar erneut gestiegen, nämlich auf 2,6 Prozent. Im Gesamtjahr 2024 lag sie mit 2,2 Prozent aber sehr nah am Zielwert der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent. Ähnlich sieht es laut dem Inflationsmonitor des IMK aus, wenn man auf die Teuerungsraten verschiedener Haushaltstypen blickt, die sich nach Einkommen und Personenzahl unterscheiden. Der Anstieg zum Jahresende sollte nicht überbewertet werden, erklärt IMK-Expertin Silke Tober. 2025 dürfte sich die Inflationsrate weiter normalisieren und bei durchschnitt-

lich zwei Prozent einpendeln. Ein längerfristiger Vergleich zeigt aber auch die Nachwirkungen der hohen Inflation in den vergangenen Jahren. Insgesamt lagen die Verbraucherpreise 2024 um 19,9 Prozent höher als fünf Jahre zuvor. Paare mit Kindern und niedrigen und mit mittleren Einkommen wiesen im Fünf-Jahres-Vergleich mit 20,8 und 20,4 Prozent die höchsten Inflationsbelastungen auf, Alleinlebende mit sehr hohen Einkommen mit 18,3 Prozent die niedrigste. Erstere waren von der starken Teuerung nach dem russischen Überfall auf die Ukraine besonders stark betroffen, weil

in ihrem Budget Güter des Grundbedarfs wie Nahrungsmittel und Energie eine größere Rolle spielen, die lange die stärksten Preistreiber waren. So betrug auf dem Höhepunkt der Inflationsschwelle im Oktober 2022 die Teuerungsrate für Familien mit niedrigen Einkommen 11 Prozent, die für ärmere Alleinlebende 10,5 Prozent. Alleinlebende mit sehr hohen Einkommen hatten damals mit 7,9 Prozent die mit Abstand niedrigste Inflationsrate. <

Quelle: Silke Tober: IMK Inflationsmonitor: Inflation mit 2,2 % im Jahr 2024 sehr nah am Inflationsziel, Dynamik noch von Folgen der Preisschocks geprägt, IMK Policy Brief Nr. 184, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

# Neue Rechte mit alten Scheinlösungen

Am rechten Rand gibt es Versuche, linke Denkansätze zu vereinnahmen, um der eigenen Programmatik einen sozialen Anstrich zu geben. Der Kern der völkischen Ideologie bleibt davon unberührt.

Bisweilen werden seltsame Hybride in der rechten Szene ausgebrütet: Schriften wie „Marx von rechts“, deren Verfasser vorgeben, weltanschauliche Gegensätze zusammenzudenken. Was es damit auf sich hat, haben Matheus Hagedorn von der Universität Potsdam, Felix Schilk von der Universität Tübingen und Johannes Kiess von der Universität Leipzig anhand der Texte von zwei prominenten Aktivisten untersucht. Ihrer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie zufolge steckt hinter dem Interesse an linken Theorien keine wirkliche ideologische Öffnung, sondern eher ein taktisches Manöver: Versatzstücke linker Autorinnen und Autoren würden adaptiert und umgedeutet, um das gegnerische politische Lager zu provozieren, die eigene Angriffsfläche zu verringern und den Eindruck zu erwecken, sich um die soziale Frage zu kümmern. Soweit eine soziale Doktrin der Neuen Rechten erkennbar ist, gehe es nicht um Gleichheit für alle, sondern um Unterordnung und „exkludierende Solidarität“, die sich auf Deutsche im Sinne völkischer Ideologie beschränkt.

„Das Bizarre an der rechtspopulistischen Rezeption von linken Theorie-Klassikern ist die Fixierung, in der sie stets mündet“, sagt Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung: „Egal, ob die Vordenker der Neuen Rechten Karl Marx lesen, Rosa Luxemburg oder Antonio Gramsci: Statt einen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital sehen sie immer nur die angebliche Bedrohung durch Migration und ‚globale Eliten‘.“

Die besagte „Neue Rechte“ stelle eine Eigenbezeichnung in Abgrenzung zur stärker parteipolitisch geprägten „alten Rechten“ dar, schreiben Hagedorn, Schilk und Kiess. Die Aktivitäten dieser Szene, deren Dunstkreis von Publikationen wie der „Jungen Freiheit“ über Denkfabriken wie dem mittlerweile aufgelösten „Institut für Staatspolitik“ bis hin zur AfD reicht, stünden im Zeichen einer „metapolitischen Hegemoniestrategie“. Ziel sei es, im vorpolitischen Raum – in Bildungsinstitutionen, Militär, Kulturbetrieb, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft – eine „Kulturrevolution von rechts“ zu bewirken und so die Saat zu legen für einen autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft.

## Feindbilder sind Individualisierung und Einwanderung

Als einen wichtigen Protagonisten dieser metapolitischen Grundlagenarbeit haben die Forscher Benedikt Kaiser identifiziert, einen studierten Politikwissenschaftler, der im Umfeld der Chemnitzer Neonazi-Szene politisch sozialisiert worden ist und mittlerweile für den AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl arbeitet. An seinen Schriften lasse sich exemplarisch zeigen, wie rechte Ideologieproduktion konkret aussieht. Kaiser geht es nach eigenen Angaben um die „Integration adaptionsfähiger Gedanken des politischen Gegners in das eigene Weltbild“ – ohne dabei Grundannah-

men des rechten Denkens infrage zu stellen. Anknüpfungspunkte für eine soziale Doktrin sieht er unter anderem beim Linkspopulismus, aber auch bei Karl Marx selbst.

Der Studie zufolge kritisiert Kaiser am Kapitalismus nicht Herrschaft oder Ausbeutung, sondern Vereinzelung und Individualisierung. Als Gegenprogramm empfehle Kaiser „solidarischen Patriotismus“. Dabei hänge die soziale Frage für ihn unmittelbar mit der „deutschen Frage“ zusammen: „Masseneinwanderung“ und Sozialstaat seien auf Dauer unvereinbar, die Neue Rechte müsse auf eine ethnisch homogene Gemeinschaft hinarbeiten.

Als zweiter wichtiger Autor taucht in der Studie Felix Menzel auf, Pressesprecher der sächsischen AfD-Landtagsfraktion, der 2018 mit „Recherche D“ das laut Eigenaussage erste Magazin der Neuen Rechten ins Leben gerufen hat, das sich ausschließlich auf ökonomische Themen konzentriert. Menzel, so die Wissenschaftler, konstruiere einen Gegensatz zwischen „nachbarschaftlicher Marktwirtschaft“ und „Globalkapitalismus“. Als dessen Hauptproblem betrachte er den „Verfall“ traditioneller Lebensformen, zu denen unter anderem die unbezahlte Arbeit der Frauen im Haushalt gehört.

Menzels eigene programmatische Vorstellungen bestehen der Analyse zufolge „im Wesentlichen aus einer Mischung aus ordoliberalen Versatzstücken und einer völkischen Mittelstandsideologie“. Die Bürgergeld-Debatte werde instrumentalisiert, um gegen Migration zu polemisieren. Gegen Altersarmut und Probleme des demografischen Wandels solle die Aufwertung vormoderner Formen der sozialen Absicherung helfen, die auf die Formel „Sozial ist Familie“ heruntergebrochen werden. Diese gingen primär zu Lasten von Frauen. Die Metapher der Familie lasse sich aber auch auf das Verhältnis von Deutschen und Zugewanderten übertragen: „Zur Familie unserer Nation kann nicht jeder gehören. Der Sozialstaat ist daher mit offenen Grenzen unvereinbar.“

Sowohl „solidarischer Patriotismus“ als auch „nachbarschaftliche Marktwirtschaft“ seien Scheinlösungen, die auf eine „De-Globalisierung unter völkisch-rassistischen Vorzeichen“ hinauslaufen, schreiben Hagedorn, Schilk und Kiess. Darauf sollten auch die Gewerkschaften regelmäßig hinweisen – indem sie „mit konkreten Beispielen daran erinnern, dass die AfD und ihr politisches Vorfeld auf die massive Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die meisten Menschen hinarbeiten“. Zugleich sei es angebracht, „die Erfolge einer inklusiven Solidarität selbstbewusst“ herauszustellen. <

Quelle: Matheus Hagedorn, Felix Schilk, Johannes Kiess: Die sozialpolitische Doktrin der Neuen Rechten – Strategische Vereinnahmung und kalkulierte Provokation, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 362, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

# Gelebte Demokratie

In mitbestimmten Betrieben haben Beschäftigte häufiger das Gefühl, dass sie gemeinsam etwas bewirken können. Auch die Diskussionskultur ist dort offener.

Dass Betriebsräte die Interessen der Beschäftigten effektiv vertreten, zeigen etliche Studien: Unter anderem bei Lohngleichheit, Beschäftigungsstabilität und Weiterbildung schneiden Betriebe signifikant besser ab, wenn sie mitbestimmt sind. Der Ökonom Uwe Jirjahn von der Universität Trier hat gemeinsam mit dem Soziologen Johannes Kiess von der Universität Leipzig untersucht, auf welche Weise Arbeitnehmervertretungen ihren Einfluss ausüben: Indem sie die Beschäftigten laufend demokratisch in die Entscheidungsfindung einbinden? Oder auf eine eher „autokratische“ Weise, also ohne Rücksprache mit der Basis? Tatsächlich, so das Ergebnis, ist betriebliche Mitbestimmung auch jenseits der Betriebsratswahlen alle vier Jahre eine demokratische Angelegenheit – und trägt dazu bei, dass Beschäftigte das Gefühl haben, offen diskutieren zu können und kollektiv wirksam zu sein. Besonders stark ausgeprägt sind die Effekte bei Gewerkschaftsmitgliedern.

## Mehr kollektive Wirksamkeit, offene Debatten

Für ihre Analyse haben Jirjahn und Kiess Daten einer Befragung von 2022 ausgewertet, die knapp 1300 abhängig Beschäftigte in Ostdeutschland umfasst. Abgefragt wurde unter anderem die Zustimmung zu drei Aussagen: „Probleme oder Konflikte lassen sich am besten gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen lösen.“ „Mein persönliches Engagement kann Veränderungen bewirken.“ „Ich kann in meinem Betrieb offen und ohne Angst vor Nachteilen über Betriebsräte und Gewerkschaften diskutieren.“ Die Angaben der Befragten dienen als Gradmesser für die kollektive Wirksamkeit, die Selbstwirksamkeit und die Offenheit des Diskussionsklimas.

Den Berechnungen zufolge, bei denen Faktoren wie das Geschlecht, das Alter, die Qualifikation oder der berufliche Status statistisch berücksichtigt wurden, wirken sich

Betriebsräte in diesem Zusammenhang signifikant positiv aus: Sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Beschäftigte kollektive Wirksamkeit empfinden, um 7 Prozentpunkte und die Chance, dass die innerbetriebliche Debatte als offen wahrgenommen wird, um 17 Prozentpunkte. Wenn man nur die Gewerkschaftsmitglieder betrachtet, sind es sogar 34 und 45 Prozentpunkte. Außerdem lässt sich bei den organisierten Befragten ein Plus von 25 Prozentpunkten bei der Selbstwirksamkeit nachweisen.

## Schule der Demokratie

Die Ergebnisse ihrer Untersuchung erklären Jirjahn und Kiess mit den institutionellen Bedingungen der betrieblichen Mitbestimmung. Sprechstunden und Betriebsversammlungen stellten sicher, dass Beschäftigte nicht nur bei den Wahlen einen Stimmzettel ankreuzen, sondern regelmäßig eigene Ideen und Ansichten einbringen und die Arbeit des Betriebsrats diskutieren können. Gewerkschaften wiederum unterstützen sowohl ihre Mitglieder dabei, sich aktiv einzubringen, als auch Betriebsräte bei ihrer Arbeit.

Alles in allem zeige sich, dass Betriebsräte auch in Ostdeutschland als demokratische Institution gut funktionieren. Dass es sowohl mit dem Anteil der mitbestimmten Betriebe als auch mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad seit Jahren tendenziell bergab geht, sei nicht nur für die Qualität der Arbeit eine schlechte Nachricht. Da Erfahrungen mit gelebter Demokratie am Arbeitsplatz das politische Verhalten jenseits der Werkstore beeinflussen, sei es auch mit Blick auf die Gesellschaft insgesamt eine bedenkliche Entwicklung. <

Quelle: Uwe Jirjahn, Johannes Kiess: Does Employee Representation Foster Workplace Democracy? Universität Trier, Research Papers in Economics Nr. 13/2024 [Link zur Studie](#)

## Eine demokratische Institution

So wirkt sich betriebliche Mitbestimmung aus auf die Wahrscheinlichkeit, dass Beschäftigte ...



unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen; Quelle: Jirjahn, Kiess 2024

Hans Böckler Stiftung

# Angriff auf den Mindestlohn

Zwei Länder klagen gegen die EU-Mindestlohnrichtlinie. Sollten sie Erfolg haben, wäre dies ein schwerer Rückschlag für die Idee eines sozialen Europas.

Als 24 EU-Staaten im Herbst 2022 die Annahme der Richtlinie „über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union“ beschlossen, stimmten zwei Länder dagegen und erhoben später Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH): Dänemark und Schweden. Denn sie fürchteten, durch die Richtlinie würde ihr spezielles sozialpartnerschaftliches System der Lohnverhandlungen infrage gestellt. Zwar haben die Regierungen beider Länder inzwischen eingeräumt, „dass die Europäische Mindestlohnrichtlinie keine praktischen Auswirkungen auf ihr nationales Lohnfindungssystem hat“, wie die Tarifexperten Thorsten Schulten vom WSI und Torsten Müller vom europäischen Gewerkschaftsinstitut erläutern. Ihre Klage haben Dänemark und Schweden jedoch nicht zurückgezogen. Inzwischen haben Kritiker und Befürworter ihre Standpunkte vor Gericht vorgetragen und der zuständige Generalanwalt – ein Amt, das es im deutschen Rechtssystem nicht gibt – hat für Europas höchste Richterinnen und Richter ein Rechtsgutachten verfasst, in dem er sich weitgehend den Klägern anschließt. Generell tendiert der EuGH in seinen Urteilen oft, aber beileibe nicht immer in Richtung Votum des Generalanwalts. Bis zu einer Entscheidung wird noch einige Zeit vergehen.

Im Kern geht es um Folgendes: Artikel 153 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union legt fest, dass die EU ihre Mitgliedstaaten in vielerlei Hinsicht unterstützen darf und soll, wenn es um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen geht. Ausdrücklich aus dem Zuständigkeitsbereich der EU ausgeklammert ist aber das „Arbeitsentgelt“. Die Kläger und der Generalanwalt argumentieren nun: Obwohl die Mindestlohnrichtlinie keinem Land eine konkrete Lohnuntergrenze vorschreibt, greift sie doch so weit in den Bereich des Arbeitsentgelts ein, dass sie gegen europäisches Recht verstößt.

Diese Position steht im Widerspruch zu „zahlreichen anderen juristischen Gutachten“, so Schulten und Müller. Zudem verkenne der Generalanwalt, „dass in der Europäischen Mindestlohnrichtlinie zahlreiche Garantien enthalten

sind, die die volle autonome Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten und der nationalen Tarifvertragsparteien sicherstellen“. Die Argumentation beruhe auf einer wenig trennscharfen und nicht überzeugenden Unterscheidung von EU-Regelungen mit direkter und indirekter Auswirkung auf die Arbeitsentgelte. Daher bezweifeln Schulten und Müller, dass das Gericht dem Antrag des Generalanwalts folgen wird.

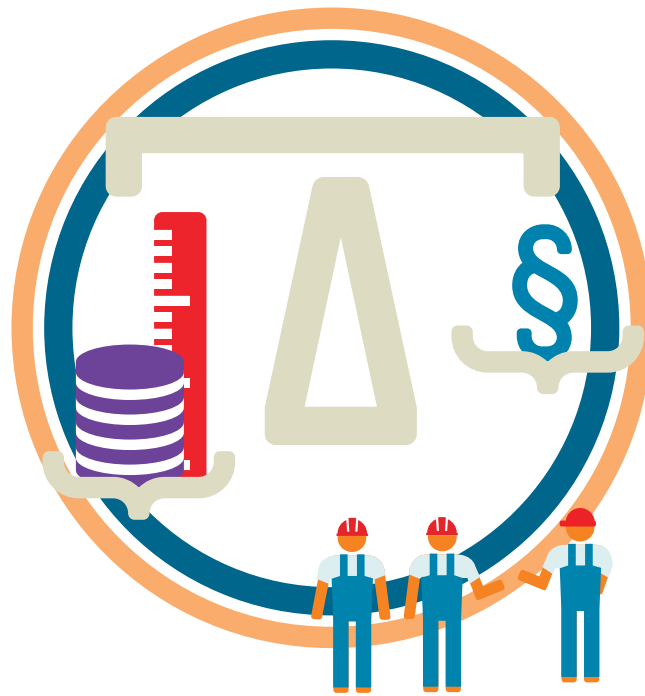
## Große Enttäuschung für die Beschäftigten

Zumal der Gerichtshof bislang meist in Richtung Integration statt Rückverlagerung auf nationale Ebene entschieden hat und sich auch der politischen Tragweite bewusst

sein dürfte: „Eine vollständige Annullierung der Europäischen Mindestlohnrichtlinie wäre eine große Enttäuschung für die Beschäftigten in Europa“, so die Forscher. Die „Idee des Sozialen Europas“ würde sich „einmal mehr als Illusion entpuppen“, was „das Bild der EU als einem primär an Wirtschaftsinteressen orientierten Elitenprojekt weiter fördern“ würde.

Aktuell ist die Richtlinie allerdings in Kraft und die EU-Staaten müssen an ihrer Umsetzung in nationales Recht arbeiten. Aber selbst wenn der EuGH die Richtlinie wider Erwarten kippen sollte, würde das nicht das Ende des

Kampfs um angemessene Lohnuntergrenzen bedeuten, betonen die Forscher. „Alle mit der Richtlinie verfolgten Ziele zur Verwirklichung angemessener Mindestlöhne“ wären zudem weiterhin gültig. Die politische Selbstverpflichtung der EU-Länder, „den sozialen Zusammenhalt zu fördern, die Armut trotz Erwerbstätigkeit zu bekämpfen und unfairen Wettbewerb auf der Grundlage von Lohndumping und Niedriglöhnen zu verhindern“, bleibt bestehen. Zudem wird „die nationale Auseinandersetzung um angemessene Mindestlöhne und Tarifbindung weitergehen“ – wenn auch mit weniger Rückenwind aus Brüssel. <



Quelle: Thorsten Schulten, Torsten Müller: Die EU-Mindestlohnrichtlinie vor dem Europäischen Gerichtshof (<https://www.wsi.de/de/blog-17857-die-eu-mindestlohnrichtlinie-vor-dem-europaeischen-gerichtshof-66248.htm>) [Link zur Studie](#)

# 525 Euro Armutsnachteil

Wer nur wenig besitzt, muss mit vergleichsweise geringer Rendite und hohen Kosten für sein Vermögen rechnen. Der „Armutsnachteil“ beläuft sich im Jahr 2024 auf 525 Euro.

Vermögensarme Menschen in Deutschland sind am Finanzmarkt häufig strukturell benachteiligt. Das ist das zentrale Ergebnis einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten neuen Studie der gemeinnützigen Nichtregierungsorganisation Finanzwende Recherche. Wie groß die Benachteiligung ist, zeigt ein neu entwickelter Indikator: der Armutsnachteil. Er beziffert, wie viel Geld den rund 35 Millionen Erwachsenen, die zur unteren Vermögenshälfte in Deutschland gehören, pro Jahr im Vergleich zu Wohlhabenderen entgeht.

Im Jahr 2024 lag der Armutsnachteil der Studie nach bei 525 Euro. Gemessen am durchschnittlichen Bruttovermögen einer vermögensarmen Person ist das ein erheblicher Betrag. Der Armutsnachteil beschreibt die Summe, über die eine solche Person zusätzlich verfügen könnte, wenn sie die Konditionen der wohlhabenderen Vermögensmitte erhielte. 280 Euro dieses Armutsnachteils erklären sich dadurch, dass die Portfolios Vermögensarmer renditeschwächer sind. Hinzu kommen bei ihnen höhere Produktkosten, die noch einmal 245 Euro ausmachen.

„Die Studie zeigt sehr deutlich, dass es angesichts der sehr großen Vermögensungleichheit in Deutschland ins Leere läuft, Menschen mit wenig Vermögen einfach auf den Finanzmarkt, Aktienfonds oder ETFs zu verweisen, und dann wird das schon mit der finanziellen Situation“, sagt Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. „Denn wer kaum etwas hat – und wir reden hier über die Hälfte der Bevölkerung und mehr – kann es sich kaum leisten, potenziell gewinnträchtige, aber auch schwankungsanfällige Anlagen zu wählen. Die Untersuchung entlarvt damit den Mythos, private Anlageformen könnten voraussetzungslos und für alle gewinnbringend soziale Sicherung leisten“, so Schildmann.

Die Studie „Der Armutsnachteil“ entstand in Zusammenarbeit mit Forscherinnen am Institut für Sozioökonomie der Universität Duisburg-Essen. Kern der Studie ist eine genaue Analyse der Vermögensverhältnisse erwachsener Personen in Deutschland auf Basis des sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Dafür wurden drei Bevölkerungsgruppen gebildet: Erstens die vermögensarme Hälfte der Bevölkerung mit einem Bruttovermögen von im Schnitt 6000 Euro. Nächste Gruppe ist die wohlhabendere Vermögensmitte mit einem im Schnitt deutlich höheren Bruttovermögen von 149.000 Euro. Schließlich gibt es die oberen zehn Prozent, die im Schnitt 925.000 Euro besitzen. Superreiche finden sich an deren oberster Spitze, bewegen sich mit Vermögen im Multimillionen- und Milliardenbereich aber noch einmal in einer anderen Welt.

Betrachtet man die Anlageportfolios der drei Gruppen, zeigen sich große Unterschiede. Die mit Abstand wichtigste Anlageklasse in der vermögensarmen Hälfte ist das eigene Auto – obwohl es sich dabei nicht um ein Anlageprodukt im klassischen Sinne handelt. Schließlich verlieren Autos per-

manent an Wert und verursachen gleichzeitig Kosten. Hinzu kommen bei den unteren 50 Prozent der Vermögensverteilung sichere, aber renditeschwache Anlagen wie Spareinlagen oder Lebensversicherungen.

Anlageschwerpunkt der Vermögensmitte ist die eigene Immobilie, eine im Betrachtungszeitraum lukrativere Form der Geldanlage. Das macht sich in der Rendite pro Jahr bemerkbar: Die Vermögensmitte kommt hier mit ihrem Durchschnittsportfolio auf nominal 5,9 Prozent Rendite pro Jahr, bei der vermögensarmen Hälfte der Bevölkerung sind es nur 1,9 Prozent.

„Unterschiedliche Renditen und vor allem das niedrigere Startkapital von vermögensarmen Menschen sorgen dafür, dass der Graben zwischen den Vermögensgruppen immer weiter wächst“, sagt Moritz Czygan, Referent bei Finanzwende Recherche und Ko-Autor der Studie. „Die strukturellen Nachteile sind so groß, dass die oder der Einzelne sie durch individuelle Entscheidungen kaum überwinden kann.“



Quelle: Czygan, Langenberg 2025

Ein Blick auf die vermögensarme Hälfte der Bevölkerung zeigt auch, dass bestimmte Gruppen hier besonders häufig vertreten sind – und damit öfter unter Armutsnachteilen leiden. So gehören zum Beispiel 57 Prozent der Menschen in Ostdeutschland zu dieser Gruppe, bei den Menschen mit Migrationshintergrund sind es mehr als zwei Drittel. Noch höher ist die Quote der Vermögensarmen mit 76 Prozent bei den Alleinerziehenden. „In der öffentlichen Diskussion fehlt allzu oft die Perspektive von Menschen mit wenig Geld“, sagt Britta Langenberg, Leiterin des Bereichs Verbraucherschutz bei Finanzwende Recherche. „Wenn es um Geldgeschäfte und um privaten Vermögensaufbau geht, müssen wir ihre Lebenswirklichkeit stärker berücksichtigen.“ <

Quelle: Moritz Czygan, Britta Langenberg: Der Armutsnachteil. Wie es um die Chancengleichheit am Finanzmarkt steht, Finanzwende Recherche, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

# Die Bilanz ist einfach besser

Einige Vorurteile gegen die E-Mobilität halten sich hartnäckig. Ist das Misstrauen gegenüber batteriebetriebenen Autos berechtigt? Ein Faktencheck.

Was elektrisch fährt, ist kein richtiges Auto. Und selbst wenn unterwegs kein CO<sub>2</sub> in die Luft gelangt: Irgendeinen Haken wird die Sache schon haben. Diese Haltung ist im Autoland Deutschland noch immer weit verbreitet. Der hohe Wasserverbrauch bei der Lithium-Gewinnung in Chile, die benötigten Mengen an Kupfer, Mangan, Graphit, Nickel und Kobalt, der Energieverbrauch bei der Batterieproduktion: Belasten E-Autos die Umwelt am Ende nicht genauso wie Benziner oder Diesel? Sind sie nicht gefährlich, weil sie leicht in Brand geraten? Würde ein größerer Anteil an E-Autos nicht das Stromnetz kollabieren lassen? Mit diesen Bedenken haben sich Forschende des Fraunhofer-Zentrums für Internationales Management und Wissensökonomie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung auseinandergesetzt. „Wir wollen mit wissenschaftlich fundierten Faktenchecks die energie- und klimapolitische Debatte versachlichen, die im Moment voller Mythen ist“, sagt Christina Schildmann, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung der

sche Annahmen bezüglich der Lebensdauer von Batterien in E-Autos. Über den gesamten Lebenszyklus gerechnet kann man den Forschenden zufolge bei E-Mittelklassefahrzeugen heute von einem durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 94 Gramm je Kilometer ausgehen; Diesel kommen auf 131, Benziner auf 141 Gramm. Der genaue Wert ist abhängig vom Strommix, mit dem der Akku geladen wird, dem Produktionsverfahren, dem Fahrzeugtyp und davon, wie die Batterie recycelt wird.

In der Tat benötigen Elektrofahrzeuge Rohstoffe, deren Abbau schädliche Eingriffe in die Umwelt mit sich bringt – was bei der Produktion fossiler Brennstoffe auch der Fall ist – und die zum Teil knapp sind. Dieses Problem lässt sich am ehesten durch den Aufbau einer effizienten Kreislaufwirtschaft lösen, so die Forschenden. Schlüsselmaterialien müssen wiederverwendet werden.

Wäre es da nicht die einfachere und ökologisch überlegene Lösung, bei Verbrennungsmotoren zu bleiben, aber klimaneutrale Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels, einzusetzen? Dabei wird mithilfe von grünem Strom und CO<sub>2</sub>, etwa aus Kraftwerksabgasen, synthetischer Sprit hergestellt, dessen Verbrennung dann kein zusätzliches CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre entweichen lässt. Diese Technologie halten die Forschenden allerdings nur für den Einsatz in schwer zu elektrifizierenden Bereichen wie der Luft- und Schifffahrt oder dem Schwerlastverkehr für sinnvoll. Denn sie ist aufwändig, teuer und hat einen schlechten Wirkungsgrad. So kann eine Drei-Megawatt-Windkraftanlage zwar die nötige Energie für 1600 batterieelektrische Autos liefern, aber nur für 250 Pkw, die mit E-Fuels betrieben werden.

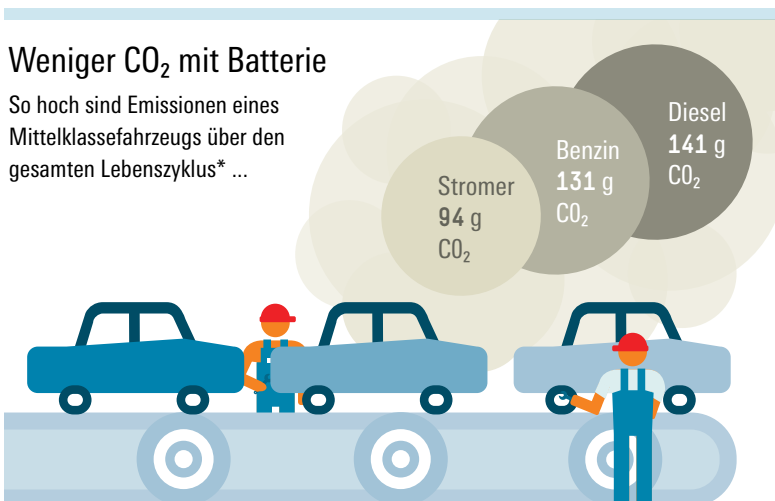
Das aktuelle europäische Stromnetz würde eine sofortige Umstellung der gesamten Fahrzeugflotte auf Batteriebetrieb nicht verkraften.

Bei einem Anteil von gut 50 Prozent käme es an seine Belastungsgrenze. Allerdings wird dieser Wert Prognosen zufolge erst nach 2030 erreicht sein – genug Zeit für einen Ausbau, etwa durch dezentrale Solaranlagen. Zudem sind Elektroautos nicht zwangsläufig nur eine Belastung für das Netz: Ans Kabel angeschlossene Fahrzeuge könnten auch als Zwischenspeicher dienen, um Spitzen bei Stromerzeugung und -verbrauch abzufedern.

Was ist schließlich mit der Brandgefahr? Bilder von brennenden Elektroautos geistern durch die sozialen Medien und mancherorts dürfen E-Autos nicht in Tiefgaragen. Dabei ist die Statistik eindeutig: Auf 100 000 Verbrenner kommen 1530 Brände, auf 100 000 Stromer 25. <

## Weniger CO<sub>2</sub> mit Batterie

So hoch sind Emissionen eines Mittelklassefahrzeugs über den gesamten Lebenszyklus\* ...



\*inklusive Produktion und Recycling; Quelle: Klöppelt u. a. 2025

Hans Böckler  
Stiftung

Hans-Böckler-Stiftung. „Dass diese Mythen uns auf dem Weg zur Klimaneutralität blockieren, ist beim Thema Elektromobilität zu sehen. In Norwegen sind inzwischen neun von zehn Neuwagen elektrisch, in Deutschland gerade mal 13,5 Prozent.“ Der Faktencheck E-Mobilität zeigt: Vieles, was sich in den Köpfen festgesetzt hat, ist überholt oder übertrieben.

Zunächst die CO<sub>2</sub>-Bilanz: Hier schnitten batterieelektrische Fahrzeuge in älteren Studien schlechter ab als in aktuellen. Das liegt unter anderem daran, dass die Emissionen, die bei Erzeugung und Transport von Benzin und Diesel entstehen, vernachlässigt wurden. Das führte zu einer „Unterbewertung“ der Emissionen von Verbrennern um 15 bis 20 Prozent. Hinzu kamen unrealistisch niedrig ange setzte Spritverbräuche bei Verbrennern und zu pessimisti-

Quelle: Christian Klöppelt, Patrick Wagner, Elisa Drechsler:

Faktencheck: Elektromobilität, Fraunhofer IMW, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

# IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de).

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: [www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm](http://www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm)

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: [www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO\\_Printmedien\\_Presse.pdf](http://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf)

## ARBEITSMARKT

### Viele Ältere in Mangelberufen

55 Jahre oder älter waren 2023 von den ...

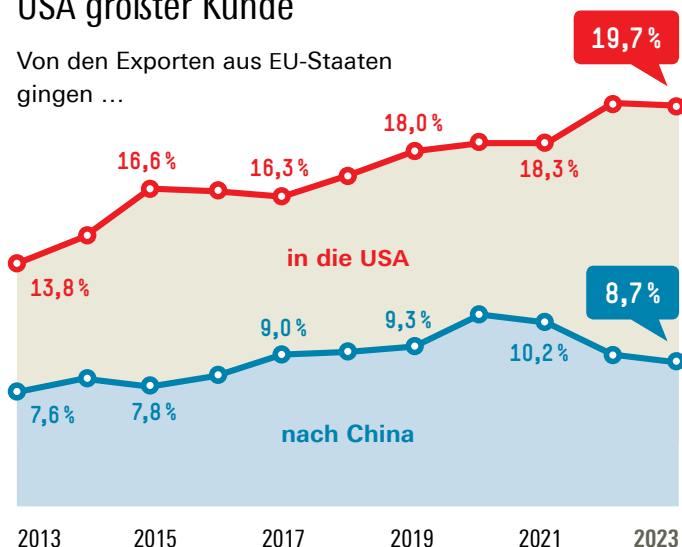
Bus- und Straßenbahnfahrerinnen und -fahrer	44 %
LKW-Fahrerinnen und -Fahrern	39 %
Beschäftigten im Verkauf von Fleischwaren	36 %
Beschäftigten im Gartenbau	34 %
Straßen- und Tunnelwärterinnen und -wärtern	33 %
Beschäftigten insgesamt	25 %

Quelle: Destatis, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

## EUROPA

### USA größter Kunde

Von den Exporten aus EU-Staaten gingen ...

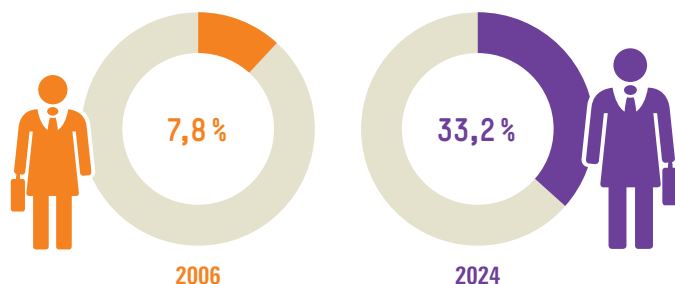


Quelle: Destatis, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

## AUFSICHTSRÄTE

### Die Quote wirkt – langsam

So hoch war der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der 200 umsatzstärksten Unternehmen ...



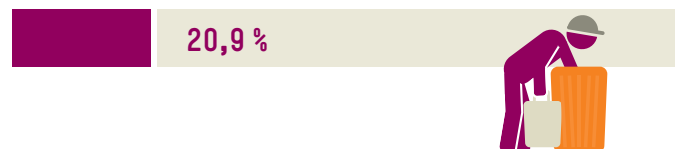
Quelle: DIW, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

## VERTEILUNG

### Armut verharrt auf hohem Niveau

In Deutschland waren laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2024 rund 17,6 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das entspricht 20,9 Prozent der Bevölkerung. Im Jahr 2023 waren es rund 17,9 Millionen Menschen oder 21,3 Prozent der Bevölkerung. Dieser Anteil hatte sich auch in den Vorjahren kaum verändert: Im Jahr 2021 hatte er bei 21,0 Prozent und im Jahr 2022 bei 21,1 Prozent gelegen. <

Von Armut bedroht waren 2024 ...



Quelle: Destatis, Januar 2025 [Link zur Studie](#)